

PRESSEMITTEILUNG

und offener Brief an die FDP

zur Forderung nach dem Fall des Fremdbesitzverbotes und die Apotheker hätten die FDP im Stich gelassen

Sehr geehrter Herr Lindner, Sehr geehrte Frau Strack-Zimmermann!

zunächst gratulieren wir Ihnen noch einmal zu den zurückliegenden, guten Wahlergebnissen. Große Sorgen machen wir uns allerdings zu Ihren Sichtweisen zur Weiterentwicklung des deutschen Apothekenmarktes und zu Ihrer Aussage, dass die Apotheker die FDP angeblich im Stich gelassen hätten (apotheker.adhoc vom 31.8.2017 um 10:27 Uhr). Dem widerspreche ich entschieden.

- Auf Ihrem Wahlparteitag haben Sie sich ohne eine inhaltliche Debatte mit Mehrheit für die Abschaffung des Fremdbesitzverbots für deutsche Apotheken entschieden. Wenn man sich überlegt, dass ca. 15.000 selbständige Apotheker gerne selbständig bleiben wollen, darf man sich über eine kritische Reaktion nicht wundern.
- Und der „Absturz“ der FDP bei der letzten Bundestagswahl lag aber sicher nicht an der damaligen FDP-Gesundheitspolitik.

Ihre Entscheidung, Apothekenketten etablieren zu wollen, trifft allerdings den seit Jahrzehnten bewährten Kern des deutschen Apothekenwesens.

Keine andere demokratische Partei, insbesondere keine Partei, die bisher die Vorteile der bisherigen Apothekenstrukturen ausdrücklich anerkannt hat, hat in Deutschland eine solche Forderung bisher in ihrem Programm.

Aus europäischen Nachbarländern wissen Sie, welche Folgen solche Forderungen für mittelständische Strukturen haben werden: Apotheker verlieren ihre Existenz als Selbstständige, Konzerne sorgen in kürzester Zeit dafür, dass familiengeführte Unternehmen mit mittelständischen Strukturen vom Markt rücksichtslos verdrängt werden. Die flächendeckende Versorgung wird nicht mehr sichergestellt, da sich Apothekenketten auf die lukrativen Ballungsräume beschränken werden.

PRESSEMITTEILUNG

Durch den sich parallel weiter ausbreitenden Versandhandel wird nachvollziehbarerweise und unstrittig die Zahl der Apotheken weiter abnehmen, die Folgen wird unsere Bevölkerung zeitnah zu spüren bekommen.

Kurz gesagt: Inhabergeführte, familiengeprägte Unternehmen verlieren weiter an Bedeutung, mittelständische Strukturen werden zerstört und durch anonymes, ausschließlich gewinnorientiertes Großkapital ersetzt.

Nicht nur erhebliche Teile Ihrer eigenen Mitglieder, auch alle anderen Freiberufler wie zum Beispiel Anwälte, Steuerberater oder Ärzte sind ebenso wie der BVDAK regelrecht fassungslos über diesen Beschluss. In einem kürzlich erschienenen FAZ-Interview sagten Sie, sehr geehrter Herr Lindner, **„für mich ist eine der wichtigsten Aufgaben, das Recht und die Möglichkeit auf Eigentum zu stärken.“**

In den Karlsruher Freiheitsthesen der FDP steht: **„Der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft....Wir Liberalen wollen diese mittelständischen Tugenden stärken“...“Wo Bürger und Unternehmen sich nicht auf Augenhöhe begegnen, muss das Recht den Schwachen vor Missbrauch des Starken schützen“.**

Diese Aussagen teilen wir vollumfänglich – sie stehen aber in totalem Widerspruch zum Beschluss des Wahlparteitages und den propagierten „liberalen Werten“.

Wir wünschen uns daher von Ihnen und der FDP eine klare Distanzierung vom Fremdbesitzbeschluss, wenn möglich noch vor oder spätestens unmittelbar nach der Bundestagswahl. Die FDP hat sich bisher immer hinter den Mittelstand in Deutschland gestellt, damit auch hinter die Freiberufler und die inhabergeführten Apotheken.

Und jetzt sollen inhabergeführte Strukturen dem ausschließlich gewinnorientierten Großkapital geopfert werden, nur um nicht mehr den Eindruck zu erwecken, Klientelpartei für die Apotheker zu sein.

PRESSEMITTEILUNG

Ergreifen Sie wieder Partei für alle Freiberufler, auch für uns Apotheker

Die guten Wahlergebnisse erfordern keine Korrekturen zur bisherigen Einstellung der FDP zu Familienunternehmen. Deutschland braucht die FDP, aber will die FDP auf große Teile eines bisher bewährten Systems verzichten?

Der Bundesverband Deutscher Apothekenkooperationen e.V. ist im Apothekenmarkt prädestiniert für die Weiterentwicklung des deutschen Apothekenwesens. Wir handeln getreu Ihrem Motto „Neu denken heißt allerdings nicht, alles zu zertrümmern, was Bestand habe....“

Ich persönlich, aber auch die Mitglieder des BVDAK stehen Ihnen und Ihren Mitstreitern stets für einen konstruktiven, offenen und zukunftsorientierten Austausch zur Verfügung und bitten Sie hiermit um ein persönliches Gespräch, spätestens unmittelbar nach der Bundestagswahl.

BVDAK-Vorsitzender Dr. Stefan Hartmann: „Inhabergeführte Apothekenstrukturen sollen in Deutschland erhalten bleiben und können zukunftsfähig weiterentwickelt werden“



Dr. Stefan Hartmann
Präsident

September 2017

Über den BVDAK:

Der Bundesverband Deutscher Apothekenkooperationen (BVDAK) ist seit 2008 Interessensvertreter und Dienstleister für seine Mitgliedskooperationen und Fördermitglieder.

Er schützt die beruflichen und politischen Interessen seiner Apothekenkooperationen und damit auch deren (ca. 8.000) angeschlossenen Apotheken. Der BVDAK arbeitet auf Bundesebene und engagiert sich für die Sicherstellung einer flächendeckenden, aber auch qualitativ hochwertigen, pharmazeutischen Versorgung. Der BVDAK tritt damit für die in Apothekenkooperationen engagierte, inhabergeführte Apotheke in vernetzter Form ein.